

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	18.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Lalive d'Epinay, Maya (fdp/plr, SZ) NR/CN
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 18.04.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Clivaz, Romain
Ehrensperger, Elisabeth

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Clivaz, Romain; Ehrensperger, Elisabeth 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: , 2000 - 2003*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Wahlen	1
Eidgenössische Wahlen	1
Öffentliche Finanzen	1
Indirekte Steuern	1
Sozialpolitik	1
Soziale Gruppen	1
Asylpolitik	1
Bildung, Kultur und Medien	2
Bildung und Forschung	2
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	2
Parteien	2
Grosse Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz

OFFT	Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie
TIC	Technologies de l'information et de la communication
HCR	Haut Commissariat des Nations unies pour les réfugiés
CICR	Comité international de la Croix-Rouge

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Wahlen

Eidgenössische Wahlen

WAHLEN
DATUM: 19.10.2003
ROMAIN CLIVAZ

Les électeurs des deux **demi-cantons de Suisse centrale** ont confirmé leur soutien aux parlementaires sortants. Le PDC a maintenu son siège à Obwald et les radicaux à Nidwald. Quant au corps électoral de **Glaris**, il a confirmé le sortant du PS. Le retrait de Franz Steinegger, après plus de vingt ans de présence au parlement, n'a pas empêché les radicaux de maintenir leur siège à **Uri**. La nouvelle élue, Gabi Huber, est la première représentante féminine du canton à Berne. La délégation **schwyzoise**, malgré un élargissement à quatre membres à la suite du dernier recensement, a été fortement modifiée avec la non réélection de deux parlementaires sortants : la radicale Maya Lalive d'Epinay et le démocrate chrétien Toni Eberhard. Si les démocrates-chrétiens (-3,8 points à 23,4%) ont sauvé leur mandat, les radicaux (-3,8 points à 15,4%) ont perdu le leur. Les principaux gagnants ont été le PS (+1,2 à 17,6%), qui a récupéré son siège perdu en 1999, et l'UDC qui a obtenu deux mandats (+7,8 points à 43,6%). Les radicaux ont perdu un siège à **Zoug** (3 sièges) où le sortant Hajo Leutenegger n'a pas été confirmé par le corps électoral. L'UDC, avec une progression de 6,3 points à 27,7%, a conservé son siège. Les démocrates-chrétiens ont fait de même, malgré une baisse de 3,5 à 22,9% et le retrait de Peter Hess après vingt ans au parlement fédéral. L'apparement entre les socialistes et la liste « Alternative Kanton Zug » a permis à la gauche de reprendre le siège perdu en 1999. La liste socialiste n'ayant obtenu que la deuxième place de l'apparement, c'est le candidat alternatif Josef Lang qui a été élu.¹

Öffentliche Finanzen

Indirekte Steuern

INTERPELLATION / ANFRAGE
DATUM: 23.03.2001
MAGDALENA BERNATH

Nationalrätin Lalive d'Epinay (fdp, SZ) fragte den Bundesrat in einer Interpellation, ob er im Hinblick auf die **Transformation von der Industrie- zur Informations- oder Wissensgesellschaft** beabsichtige, das **bestehende Steuersystem grundsätzlich zu überdenken**. Der Bundesrat verwies auf das Finanzleitbild 1999. Dieses hätte eine Finanzordnung mit ökologischen Anreizen vorgesehen, doch hätten Volk und Stände die Basis für die neue Finanzordnung verworfen. Immerhin beabsichtige das Steuerpaket 2001, Ehepaare und Familien zu entlasten und die indirekten Steuern stärker zu gewichten, so dass die direkten Steuern möglichst tief gehalten werden könnten.²

Sozialpolitik

Soziale Gruppen

Asylpolitik

MOTION
DATUM: 21.03.2003
MARIANNE BENTELI

Im Nationalrat verlangte Hess (sd, BE) mit einer Motion, es sei eine Änderung des Asylgesetzes in dem Sinne vorzunehmen, dass jegliche **Entwicklungshilfe** an Staaten einzustellen ist, die sich bei der Rückführung ihrer Bürgerinnen und Bürger, die in der Schweiz erfolglos ein Asylverfahren durchlaufen haben, nicht oder kaum kooperativ verhalten. Die Motion wurde vorerst von links-grüner Seite bekämpft, dann mit Stichentscheid des Ratspräsidenten als Postulat überwiesen. Ebenfalls in Postulatsform wurde eine ähnlich lautende Motion von Lalive d'Epinay (fdp, SZ) angenommen. Auf Antrag des Bundesrates, der erklärte, die anvisierten Organisationen seien dafür gar nicht zuständig, wurde hingegen eine Motion Schlüer (svp, ZH) abgelehnt, die forderte, abgewiesene Asylbewerber und illegale Einwanderer aus „kulturfremden Ländern“ seien nicht mehr in der Schweiz, sondern in von anerkannten internationalen Organisationen (wie UNHCR, IKRK u. a.) betreuten Flüchtlingslagern in der Region ihrer Herkunft zu beherbergen.³

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Bildung und Forschung

MOTION
DATUM: 06.10.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Strategien zu Aufbau und Umsetzung einer **Informationsgesellschaft Schweiz** wurden im Berichtsjahr auf allen Bildungsstufen diskutiert. Unter dem Stichwort **E-Schweiz** wurden im Parlament mehrere Vorstösse behandelt, die einen Schwerpunkt auf die Bewusstseins- sowie Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung im Bereich der Anwendung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) legten und dabei insbesondere die Verhinderung einer digitalen Zweiklassengesellschaft anstrebten. Mittels zweier Motionen verlangte die zuständige Nationalratskommission unter anderem vom Bundesrat entsprechende Investitionen in „Menschen und Fertigkeiten“ – womit die Vernetzung der Volks- und Berufsschulen, die Förderung der „digitalen Mündigkeit“ aller Altersgruppen, neue Formen der Berufsausbildung sowie die Unterstützung des Aufbaus und die Führung von **IT-Kompetenzzentren** in allen Randregionen gemeint waren. Diese Forderung wurde von der grossen Kammer mit 115 zu 42 Stimmen als Motion überwiesen, die kleine Kammer passierte sie aber schliesslich nur als Postulat. Als Postulat wurde zudem vom Nationalrat eine Motion Lalive d'Épinay (fdp, SZ) mit der Aufforderung an den Bundesrat überwiesen, Möglichkeiten einer Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der IKT sowie den Einsatz eines „Mister E“ oder einer „Mrs E“ – analog zum „Mister 2000“ – zu prüfen. Im weiteren überwies die grosse Kammer eine Motion der FDP-Fraktion in Postulatsform, welche vom Bundesrat Vorschläge betreffend Gesetzänderungen und Mitteleinsatz sowie einen stringenten Zeitplan im Hinblick auf die Förderung und Unterstützung der digitalen Aus- und Weiterbildung, der Vernetzung der Schulen, der entsprechenden Ausbildung von Lehrkräften und der Erarbeitung einer schweizerischen Bildungssoftware gefordert hatte. Ein gleichlautendes Postulat Leumann (fdp, LU) wurde vom Ständerat überwiesen. An einer vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) organisierten zweitägigen IKT-Konferenz diskutierten über 800 Fachleute den Handlungsbedarf der Schweiz angesichts der einschneidenden Veränderungen, welche die Einführung von IKT in Bildung und Beruf mit sich gebracht hatte. Chancengleicher Zugang für alle zu und Befähigung aller im Umgang mit IKT standen dabei im Vordergrund. Insbesondere die krasse Untervertretung von Frauen in IKT-Berufen wurde als alarmierend eingestuft.⁴

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.03.2003
MAGDALENA BERNATH

An ihrem Programmparteitag im Schiffbau des Zürcher Schauspielhauses beschlossen die Freisinnigen die Nein-Parole zu den sieben von der Linken unterstützten Volksinitiativen. Anschliessend wählten die Delegierten den Unternehmer und Kantonsrat Ruedi Noser (ZH) zum Vizepräsidenten – als Ersatz für die zur Parteipräsidentin aufgerückte Christiane Langenberger – und Maja Lalive d'Épinay (SZ) als neues Mitglied in die FDP-Geschäftsleitung. Kaum zu Diskussionen Anlass gab die **Wahlplattform** „FDP – im Einsatz für Freiheit und Verantwortung. Mehr Chancen für die Schweiz“ mit den vier Schwerpunkten Wirtschaftswachstum, Bildung und Forschung, soziale Sicherheit und Gesundheit sowie Sicherheit und Migration. Ohne Gegenstimme und mit einigen Enthaltungen sprachen sich die Delegierten im Grundsatz für die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene aus. Dass der Freisinn den Bundeshaushalt ausschliesslich ausgabenseitig sanieren wollte, stellten die Delegierten mit einer adhoc-Resolution gegen eine eidgenössische Erbschaftssteuer klar – Bundesrat Villiger hatte eine solche im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit des Parlaments in Sachen Ausgabendisziplin am Vortag in Erwägung gezogen und damit einigen Unmut ausgelöst, da die Wahlplattform nur Steuersenkungen, keinesfalls aber neue Steuern vorsah. Ausserdem sprachen sich die Freisinnigen für eine baldige Regierungsreform aus, wollten sich jedoch nicht so konkret auf die Äste hinauswagen wie Fraktionschef Fulvio Pelli (TI), dessen Antrag die Erweiterung des Bundesrates von 7 auf 9 Mitglieder vorsah. Gutgeheissen wurde schliesslich eine Stärkung des Bundespräsidentenamtes durch die Verlängerung der Amtszeit von einem auf zwei Jahre.⁵

- 1) FF, 2003, p. 6863; NLZ, 15.9.03 et presse du 20.10.03 (OW); FF 2003, p. 6864; NLZ, 30.8.03; presse du 20.10.03 (NW); FF, 2003, p. 6865; BaZ, 1.9.03 et presse du 20.10.03 (GL); FF, 2003, p. 6856; NLZ du 20.10.03 (UR); FF, 2003, p. 6857 ss.; NZZ, 21.7.03; BaZ, 6.10.03; presse du 20.10.03 (SZ); FF, 2003, p. 6866 ss.; NLZ, 21.2.03; NZZ des 7.8. 20.10 et 28.10.03 (ZG).
- 2) AB NR, 2001, S. 362.
- 3) AB NR, 2003, S. 501 und 1487 ff.
- 4) AB NR, 2000, 1193; AB NR, 2000, 769 f.; AB NR, 2000, II, Beilagen, S. 693 f. und 709 f.; AB NR, 2000, S. 1196; AB NR, 2000, S. 1205; AB SR, 2000, S. 485 f.; AB SR, 2000, S. 485.; AB SR, 2000, S. 655.; Mo. 00.3271; NZZ, 13.6.00.; Po. 00.3347; SGT, 7.11.00; NZZ, 8.11.00.
- 5) NZZ, 22.2.03; Presse vom 15.3. und 17.3.03.